



Verwendung des Jahresüberschusses 2022 der Förde Sparkasse: Antrag der AfD-Kreistagsfraktion zur Unterstützung der Obdachlosenunterkunft Ostlandstraße in Eckernförde

VO/2023/514-06	Fraktionsantrag
öffentlich	Datum: 15.02.2024
<i>FB 4 Soziales, Gesundheit und Infrastruktur</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Katrin Schliszio

<i>Datum</i>	<i>Gremium (Zuständigkeit)</i>	<i>Ö / N</i>
29.02.2024	Sozial- und Gesundheitsausschuss (Beratung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit Entfällt

Beschlussvorschlag

Der Beschluss wird nach Beratung im Sozial- und Gesundheitsausschuss gefasst.

Sachverhalt

Die AfD-Kreistagsfraktion empfiehlt, einen maßgeblichen Anteil des Jahresüberschusses des Zweckverbandes der Förde Sparkasse der Obdachlosenunterkunft Ostlandstraße in Eckernförde zukommen zu lassen.

Den weiteren Sachverhalt entnehmen Sie dem beigefügten Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 13.02.2024

Relevanz für den Klimaschutz

./.

Finanzielle Auswirkungen

Keine Angabe

Anlage/n:

1	Antrag AfD_Obdachlosenunterkünfte
---	-----------------------------------



AfD Fraktion im Kreistag
Rendsburg-Eckernförde

13.02.2024

Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat
Soziales, Gesundheit und Infrastruktur

E-Mail: katrin.schliszio@kreis-rd.de

Vorschläge zur Verwendung des Überschusses der Förde Sparkasse

Sehr geehrte Frau Schliszio,

bezüglich Ihrer E-Mail vom 07.02.2024 übermitteln wir Ihnen im Anhang unseren Vorschlag zur Verwendung eines Teils des Überschusses der Förde Sparkasse.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jens Görtzen
Ausschussmitglied Gesundheit und Soziales
AfD Fraktion im Kreistag

Empfehlung/Antrag:

Die AfD-Kreistagsfraktion empfiehlt, einen maßgeblichen Anteil des Jahresüberschusses des Zweckverbandes der Förde Sparkasse der Obdachlosenunterkunft Ostlandstraße in Eckernförde zukommen zu lassen.

Begründung:

Aufgrund eigener Besichtigung der o.g. Obdachlosenunterkunft und Gesprächen mit deren Bewohnern kam die AfD-Fraktion zur Überzeugung, daß es unerlässlich erscheint, deren wohnliche Zustände zu verbessern.

Artikel 1 GG, Absatz 1 besagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Wir sind zur Auffassung gelangt, daß die Würde der dort untergebrachten Bürger nur unzureichend gewahrt ist.

Artikel 3, Absatz 3 fordert: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seine Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

In Kenntnis des erheblich besseren Zustandes der Unterkünfte von Asylanten gewinnt die AfD-Fraktion den Eindruck, daß einheimische Obdachlose benachteiligt und ausländische Zugezogene bevorzugt werden.

Artikel 20, Absatz 1 stellt fest: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Angesichts der erbärmlichen Verhältnisse in besagter Unterkunft trifft die Bezeichnung „sozial“ auf die dortigen Umstände nicht zu.

Und schließlich Artikel 20a: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen [...]“

Selbst wenn die dort untergebrachten Bürger (zeitweise) die unterste soziale Sprosse erreicht haben, so soll ihnen die Zukunft nicht verbaut sein dadurch, daß sie dem dortigen Elend nicht entfliehen können.

So verträumt und friedlich die Stadtrandlage auch dünken mag, so sehr sind die sich dort gewiß nicht freiwillig aufhaltenden Bewohner von einigen zivilisatorischen Errungenschaften ausgeschlossen.

So berichtete am 15.03.2023 Plus Eckernförde: „Sozialausschuß: Keine Betreuung für die Obdachlosenunterkünfte in der Ostlandstraße. Durchschnittlich 25 Menschen leben in den Obdachlosenunterkünften in der Ostlandstraße. Im Sozialausschuß wurde behandelt, ob sie eine sozialdienstliche Betreuung erhalten sollen, doch daraus wird nichts.“

Die AfD fragt sich, warum es dem Sozialausschuß nicht möglich ist, die unwürdigen Zustände zu beheben, indem man zumindest Betreuer in die Einrichtung schickt, damit sie ihre Ohren den Sorgen und Nöten der Untergebrachten leihen. So verfügen sie über kein Kabelfernseh. Auch fehlt ihnen eine Heizung neuerer Bauart; die Bewohner betreiben jeder für sich eine Festkörper-Heizung, indem sie sich vor der Behausung das nötige Brennholz herbeischaffen und mit Axt und Beil in ofengängig große Stücke zerkleinern. Auch die Kochgelegenheit besteht nicht einmal aus einer schlechten Küchenzeile, vielmehr steht der Zwei-Platten-Herd auf dem nackigen Fußboden. Warmes Wasser, um das Geschirr abzuwaschen, kommt nicht aus der Wasserleitung, Körperpflege erfolgt im

Waschzuber wie in den fünfziger Jahren.

Obwohl die Stadt 86.000 € für den Unterhalt zahlt, scheint wenig dort anzukommen. Die Stadt Eckernförde hat jetzt beschlossen, daß die Miete – bislang vier Euro je Quadratmeter laut § 13, Absatz 1, der „Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Eckernförde über die Benutzung der Obdachlosenunterkunft Ostlandstraße und der angemieteten Unterkünfte zur Unterbringung von Obdachlosen und Asylbewerbern“ – verdoppelt wird. Da ist jeder Euro für die heruntergewohnten Vorschläge schon zu viel.

Eine Nachbarin, die 75jährige Heiga Rohde, guckt ehrenamtlich gelegentlich nach dem Rechten; auch sie weiß nicht, wie viele dort sich aufhalten.

Der Zustand der dort gestrandeten Menschen entspricht auch dem Zustand der von ihnen bewohnten Baracken. Es ist herzzerreißend nicht bloß der Zustand der Gebäude, nein, auch die Einzelschicksale, die man dort aus „bcrufenem“ Munde vernimmt, gehen einem zu Herzen. Die letzten Barackenunterkünfte der Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem deutschen Osten verschwunden wohl in den siebziger Jahren. Es ist unerträglich, daß ein halbes Jahrhundert danach nun „Binnenflüchtlingen“ dasselbe Wohnschicksal ereilen soll. Angeblich leben wir im besten Deutschland seit jeher und in einem reichen Lande. Wo heute Deutschland dem Elende der halben Welt die Tore öffnet, eine Willkommenskultur ausruft, verstört der Anblick und die Art des Umganges mit der Armut stammverwandter Bürger, die aufgegeben haben zu kämpfen. Die „Gesellschaft“ nimmt billigend in Kauf, daß sie abgehängt bleiben. Sie leben zwar mitten unter uns, sind dennoch fernab unserer Wahrnehmung. Fördermittel ersetzen zwar nicht Mitgefühl, Neubauten kein Güte, jedoch zeigt eine geldliche Zuwendung Edelmut des Wohltäters und dem Begünstigten, daß man ihn nicht verloren gibt.